

**Bundespräsidialamt
Abteilungsleiter Inland
Herrn Dr. Oliver Schmolke
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Mannheim, den 09.05.2019

Ihr Brief vom 25.02.2019 (DDR-Altübersiedler)

Sehr geehrter Herr Dr. Schmolke,

das Gespräch mit dem Herrn Bundespräsidenten habe ich als wohltuend in Erinnerung. Es ist gut zu wissen, dass er unser Vorbringen verstanden hat, wie wir es letztlich auch in Ihren Ausführungen vom 25.02.2019 erkennen. Dass er als Bundespräsident kraft seines Amtes keine Möglichkeit der Einflussnahme auf die Tagespolitik hat, wissen wir auch und müssen das selbstverständlich respektieren.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir uns dennoch noch einmal über Sie an den Herrn Bundespräsidenten wenden. Was die Stellung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge in der bundesdeutschen Gesellschaft anbetrifft, geht es nicht um Tagespolitik, vielmehr um ein Problem der politischen Kultur.

Die DDR-Altübersiedler müssen seit der Wiedervereinigung feststellen, dass sie in unserem Lande infolge fehlender Zuständigkeiten eine sehr klar abgegrenzte Minderheit bilden. Sie haben keine Lobby. Eher ist das Gegenteil der Fall. Für deren Belange gibt es keine Adresse. In der alten Bundesrepublik war das Bundesministerium des Innern für die Flüchtlinge aus der DDR zuständig. Diese Bindung ist durch den Beitritt der DDR obsolet geworden.

Für die Aussiedler und Spätaussiedler ist jetzt der „Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten“ zuständig, unterstellt dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Für die Bürger der neuen Bundesländer agiert der „Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer“, unterstellt dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Schließlich gibt es mit der Staatsministerin Annette Widmann-Mauz nun auch eine Bundesbeauftragte für Migration.

Diese Bundesbeauftragten haben einen förmlichen Zugang zur Bundesregierung und können sich für die Interessen ihrer Klientel einsetzen. Aktuelle Vorhaben zeigen, dass sie das auch mit Erfolg tun.

Die ehemaligen DDR-Flüchtlinge gehören in keines der genannten Ressorts. Von den genuinen Bürgern der alten Bundesrepublik unterscheiden sie sich dadurch, dass sie einen Teil ihres

Erwerbslebens in der DDR verbracht haben. Vor diesem Hintergrund ist die Feststellung durchaus berechtigt, dass sie in der deutschen Solidargemeinschaft eine Minderheit bilden.

Die von uns vorgelegte Petition/Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233 betrifft in ihrem Kern einen Sachverhalt, der eine politische sowie eine staats-, verwaltungs- und verfassungsrechtliche Beurteilung verlangt.

Eingaben der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) landen regelmäßig beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales und bleiben dort hängen.

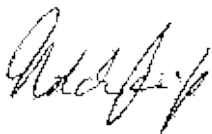
Was die von uns vorgelegte Petition/Beschwerde Pet.3-19-11-8222-006233 anbetrifft, so kennen wir inzwischen die BMAS-Stellungnahme. Diese ist dadurch gekennzeichnet, dass man dort (wie zu befürchten) auf den grundsätzlichen Vorwurf eines Gesetzesmissbrauchs nicht eingeht und damit den Angelpunkt des Vortrags verfehlt. Das negative Endergebnis des Petitionsverfahrens soll damit wohl damit vorprogrammiert werden.

Es besteht noch die Hoffnung, dass die Berichterstatter im Petitionsausschuss bereit sein werden, sich objektiv und unabhängig von der ministeriellen Vorgabe sachlich mit der Beschwerde und der zugehörigen Begründung zu befassen. Wir sind dabei allerdings nicht sicher, ob wir auf die Aussage des Geschäftsführers der Unionsfraktion Michael Grosse-Brömer vertrauen können, der in der Hochglanzbroschüre der CDU/CSU-Fraktion schreibt: *„Es ist ja wohl so, dass das Parlament die Regierung kontrolliert und nicht die Regierung das Parlament.“*

Die Bürger der neuen Bundesländer, die Spätaussiedler, die Migranten wissen, dass ihre Angelegenheiten von der Bundesregierung wahrgenommen werden.

Die DDR-Altübersiedler haben eine derartige Erfahrung bislang nicht gemacht. Diese Bilanz auch noch im Jubiläumsjahr „30 Jahre Mauerfall“ treffen zu müssen, ist bitter.

Mit freundlichem Gruß,



Dr.-Ing. J. Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)